

HA 28.11.14

17

Sellweger Anzeiger

Bürgerinitiative gegen das Schürenfeld

Gründungsversammlung am
12. Dezember in Mehrzweckhalle

Von Jennifer Freyth

Fröndenberg. Der Widerstand gegen das Schürenfeld wird größer. Bürger aus dem Fröndenberger Westen wollen eine Bürgerinitiative gründen.

„Verbesserung der Verkehrssituation an der B233 und Verhinderung des Gewerbegebietes Schürenfeld“ soll diese Interessenvereinigung heißen. „Auf dem reinpolitischen Wege sind wir nicht zu dem Durchbruch gekommen, den wir uns erhofft hatten“, begründet Andreas Hennemann. Die Gründungsversammlung ist für Freitag, 12. Dezember, um 18 Uhr in der Mehrzweckhalle Dellwig geplant.

Die Pläne zur Bürgerinitiative stellte Hennemann gestern in der Stadtteilkonferenz West vor. Zuvor nutzte er mit einer Handvoll Bürgern die Einwohnerfragestunde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, in der einmal mehr beim Thema Schürenfeld die Emotionen hochkochten. Die Verwaltung bekam mitunter kaum Gelegenheit, auf die zuvor formulierten Fragen zu antworten. Vielmehr wurde die eigentliche Einwohnerfragestunde zur einseitigen Diskussion. Das führte schließlich dazu, dass so manche Frage unbeantwortet blieb.

Vor allem zur Wirtschaftlichkeit gab es gestern Abend Kritik. Immerhin kalkuliert die Stadt mit einer Deckungslücke von fünf bis zehn Euro pro Quadratmeter – also insgesamt bis zu 1,5 Millionen Euro. Auch soll das Schürenfeld erst in bis zu 15 Jahren volllaufen. „Wir werden das als Stadt so lange vorfinanzieren“, erklärte Kämmerer Günter Freck auf Nachfrage. Absichtlich wolle die Stadt sich so viel Zeit nehmen, „damit wir nicht in Handlungsdruck kommen, einen großen Logistikpark anzusiedeln zu müssen“, erklärte Fachbereichsleiter Martin Kramme. Vielmehr sei ein Branchenmix für Gewerbe und Handwerk geplant.

Die SPD-Fraktion hatte noch versucht, gestern keine Empfehlung an den Rat abgeben zu müssen, weil das Schürenfeld in der Fraktion kontrovers diskutiert wurde; der Ortsverein West hatte sich dagegen ausgesprochen. Doch darauf ließ sich der Ausschuss nicht ein und gab dem Rat schließlich bei je zwei Gegenstimmen von SPD und Grünen und einer CDU-Enthaltung entsprechende Empfehlungen für die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes. Der hat nach der Beratung im Hauptausschuss am 10. Dezember das letzte Wort.